

Z. J. 1916

Die Neuorientierung der inneren Politik.

N Berlin, 6. Juli. (Priv.-Tel.) Ueber die große Fülle aller Fragen, die man als Kriegs- oder Friedensziele zu besprechen pflegt, wird man klarer sehen, wenn erst mit der Beendigung des Krieges die realpolitische Grundlage gewonnen ist, auf der diese Kriegs- oder Friedensziele aufgebaut worden sind. Der Erfolg hat eine zwingende Gewalt und wenn er erst vorliegt und seine Grenzen deutlich erkennbar sind, so wird man sich auf manche dieser Kriegs- oder Friedensziele, oder vielmehr die meisten, die jetzt noch Gegenstand heftigen Streites und leider eines Streites sind, der vielfach in die Gesinnung verlegt wird, leicht einigen. Dann wird man nicht nur über das, was mit Polen geschehen soll und mit Belgien und der Nordseeküste, um nur diese wichtigsten Beispiele zu nennen, einander bald näher kommen, sondern man wird auch die viel besprochene Neuorientierung im Innern auf festerer Grundlage behandeln können, als es jetzt möglich ist.

Läßt sich erst am Ende des Krieges übersehen, in welcher geistigen Verfassung das deutsche Volk und unsere politischen Parteien in den Frieden übergehen, dann ist damit schon zum guten Teil die Frage beantwortet, wie weit der Geist von 1914 die Zeit der großen Erhebung und der großen Opfer überdauern und für die großen Werke des Friedens, die dann bevorstehen, nutzbar zu machen sein werden; das ist ja wohl ungefähr die Neuorientierung: Sie wird abhängen von den realen Machtverhältnissen, die uns der Frieden bringt, und von der Verfassung der Geister beim und nach dem Friedensschluß. An diesen Faktoren wird zu messen sein, was tatsächlich im Deutschen Reiche bei der Neuorientierung zu erreichen ist, und wie weit verwirklicht werden kann, was politische Einsicht, heiße Vaterlandsliebe und edler Idealismus von dem Tage an erwartet haben, als der Kaiser vom Balkon des Berliner Schlosses aus die Worte sprach, die ja als Motto über der Neuorientierung stehen: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“

Ueber Umschreibungen und Erläuterungen dieses Wortes ist der Träger der Politik der „Neuorientierung“, der Reichskanzler, in seinen verschiedenen Reden und Kundgebungen begreiflicherweise nicht hinausgegangen; denn eine Erläuterung und Umschreibung ist es, wenn man sagt, daß durch den Geist von 1914 und durch die Art, wie er sich in der ganzen großen Mehrzahl der Parteien bewährt hat, die alte böse Trennung zwischen nationalen und antinationalen Parteien, die unsere inneren Kämpfe so stark vergiftet hat, abgetan sein müsse. Und was der Reichskanzler in seiner letzten Rede ausrief, als er den Geist des deutschen Volkes pries: „Und da soll ich trennen, da soll ich nicht einigen?“, ist ja auch nur eine Ausführung des vom Kaiser in schicksalsschwerer Stunde gesprochenen Wortes. Wer gegenüber so großen Absichten und Aufgaben nach einzelnen fragt, hat bisher nur ein ja auch schon lange vor dem Kriege gegebenes, noch dazu sehr vorsichtig gegebenes Versprechen, nämlich das einer Reform des preussischen Wahlrechtes erfahren, dazu die Aenderung des Vereinsgesetzes, die die Gewerkschaften vor politischen Schikanen schützen soll. Aber der Geist, der einigen und nicht trennen soll, und sogar diese kleine Erfüllung von Wünschen der Linken haben bereits genügt, eine durchaus nicht nur auf die Konservativen beschränkte Opposition gegen die Neuorientierung hervorzurufen. Auch die erfreuliche Tatsache, daß die patriotische Mitwirkung eines großen Teiles der Sozialdemokratie an den Aufgaben, die während des Krieges entstanden sind, zu persönlicher Verührung leitender Männer der Regierung mit Sozialdemokraten geführt hat, ist übel bemerkt worden, und in politischen Kreisen, wo man sich derb auszudrücken liebt, konnte man hören, daß Er schon mit den Sozialdemokraten regiere oder später regieren wolle.

Gegen den Verdacht, als ob der Kanzler allein mit den Linksparteien zu gehen beabsichtige, nimmt ihn heute die bekannte parlamentarische Seite der „Post“, d. h. Freiherr v. Zedlitz, in Schutz und behauptet, daß dieser Verdacht von Blättern der Linksparteien erregt werde, die damit dem Kanzler einen wahren Bärendienst leisteten. Wir sind, wie gesagt, dem Verdacht auf ganz anderer Seite begegnet. Herr v. Zedlitz schreibt:

Wer die Politik und die politischen Grundanschauungen des Herrn Reichskanzlers einigermaßen mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird darüber keinen Zweifel hegen können, daß er bei der Politik, welche darauf abspielt, der vaterländischen Erprobung und der politischen Ausreifung auch der breiten Massen unseres Volkes durch erweiterte Mitwirkung bei den Geschäften des Staates Rechnung zu tragen, auf die Mitarbeit aller Parteien rechnet, die mit ihm auf sicherem vaterländischem Boden stehen. Nur wenn sich eine ähnliche politische Gesamtlage ergäbe, wie sie nach dem Kriege 1871 den Fürsten Bismarck bewog, seine Politik vorzugsweise mit den Nationalliberalen zu führen, wenn also rechtsstehende Parteien sich gegen Reformen der bezeichneten Art völlig ablehnend verhalten sollten, würde der Reichskanzler auf ihre Mitarbeit verzichten und seine Unterstützung ausschließlich bei denjenigen Parteien suchen müssen, welche zur Mitarbeit bereit sind. Daß dadurch naturgemäß auch die Gesamtheit der inneren Politik sich mehr der Richtung derjenigen Parteien anpassen müßte, auf deren Unterstützung die Regierung angewiesen wäre, liegt auf der Hand. Wenn aber unter verständnisvoller Mitwirkung von Rechts- und Linkspolitik eine gemeinsame Linie eingeschlagen wird, welche dem Verlangen der breiten Masse nach Verstärkung ihres Einflusses Rechnung trägt, dabei aber doch die Grenzen sicher inne hält, welche der Boden des Staates und unsere historische Entwicklung notwendig ziehen, so werden auch die Linksparteien sich mit einer solchen Gestaltung unserer inneren Politik befreunden können, sofern sie wirklich das Maß von politischer Reife erlangt haben, das wir von ihnen jetzt erhoffen.

So ähnlich hat Herr von Zedlitz gesagt in der Dilschrede, die er am Schluß der Landtagsession vor seiner Fraktion hielt, der Rede, in der er von Deuten abrückte, die den Kanzler stürzen wollten, und sich und seine Freunde zur Neuorientierung bekamte, über deren Grenze natürlich in jedem Falle sich erst sprechen läßt, wenn konkrete Aufgaben vorliegen. Es spricht der Vergangenheit der freikonservativen Partei und ihres Führers, daß sie vermittelnd aufzutreten sucht und den Konservativen zuredet, die Reichsregierung nicht durch starre Opposition in die Arme der Linken zu treiben. Dieses Bemühen hat ja auch schon zur Folge gehabt, daß in führenden konservativen Organen einige Konzessionen an den neuen Geist angedeutet worden sind. Wer wissen will, wie der Reichskanzler darüber denkt, der wird nach wie vor gut tun, sich an das zu halten, was er öffentlich gesagt und was ihm ernst und heilig ist, ernst und heilig auch in dem Willen, die durch Parteien gespaltenen Glieder eines so herrlich bewährten Volkes für die großen Aufgaben des Vaterlandes zu einen und nicht zu trennen.